

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,
Dennis Thering, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2025/2026

**Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und
Bezirke**

Aufgabenbereich 247 Wissenschaft und Forschung

**Betr.: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende
schaffen**

Zwischen Wohnraumnachfrage und Wohnraumangebot für Studierende und Auszubildende klafft in Hamburg eine erhebliche Lücke, viele junge Menschen finden in unserer Stadt einfach keine bezahlbare Wohnung, oft nicht einmal ein Zimmer. SPD und GRÜNE haben im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbart, in den nächsten zehn Jahren mindestens 2.500 neue Wohnheimplätze für Auszubildende entstehen zu lassen (Seite 119) und den bereits beschlossenen Ausbau der Wohnheimkapazitäten des Studierendenwerks Hamburg für Studierende und Auszubildende um 2.000 neue Plätze bis zum Jahr 2035 (Seite 89) voranzutreiben. Die Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der CDU-Fraktion „Wohnraum für Studierende und Auszubildende in Hamburg“ (Drs. 22/12163) zeigt: In den letzten Jahren ist hier nicht viel passiert.

Angehende internationale Studierende, MINT-Studierende beziehungsweise alle klugen Köpfe und auch Auszubildende werden durch ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Wohnraum angezogen. Dies ist für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort von elementarer Bedeutung. Hierauf muss ein Augenmerk des rot-grünen Senats im Doppelhaushalt 2025/2026 gelegt werden.

Gerade auch Auszubildende haben es aber in Hamburg schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Gleichzeitig kommt es in Zeiten des Fachkräftemangels für Hamburger Ausbildungsbetriebe entscheidend darauf an, dass ihr Unternehmensstandort für Auszubildende attraktiv ist und nicht aus Kostengründen gemieden wird.

Bestehende Unterkünfte für Auszubildende hingegen sind so ungleichmäßig verteilt, dass diese zum Teil sehr weite Wege zum Ausbildungsplatz bedeuten können und dadurch für manche Berufe nicht geeignet sind, wenn Busse und Bahnen in den frühen Morgenstunden noch nicht fahren.

Vor diesem Hintergrund fordern wir dringend, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in der jetzigen Wohnungsbaukrise den Ausbau der Wohnraumkapazitäten für Studierende und Auszubildende ausbaut.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk Hamburg nach Wegen zu suchen, um bis 2030 wenigstens 2.200 zusätzliche Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende zur Verfügung zu stellen;
2. zusätzlich die Planwerte der Kennzahl „B_247_17_001 „Versorgungsquote der Studierenden mit Plätzen für das studentische Wohnen (StW und gemeinnützige Träger)“ bis 2026 auf 10 Prozent und dann bis 2028 sukzessive auf 12 Prozent zu erhöhen und bis spätestens zum Ende des nächsten Jahrzehnts auch tatsächlich zu erreichen;
3. zu prüfen, ob und inwiefern finanzielle Mittel des Bundes oder zentrale veranschlagte Reservemittel des Haushalts zur Finanzierung von Auszubildenden-Wohnheimen eingesetzt werden können;
4. zu prüfen, inwiefern eine Vertiefung der Kooperation mit dem Studierendenwerk Hamburg die hier aufgeführten Vorhaben unterstützen kann;
5. ein Anreizsystem für Investoren zu entwickeln, um zusätzliche bezahlbare Wohneinheiten in Wohnungsbau für Auszubildende und Studierende in privater Trägerschaft zu schaffen;
6. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2025 zu berichten.